

# Leser schreiben uns...



Als in hohem Maße unfair empfinde ich das, was Heinz Lunte in der letzten Ausgabe von „Stadt im Werden“ wohl vor allem an meine Adresse geschrieben hat. Die angebliche „parlamentarische Bauchlandung“ der UWG vom 30.9.82 ist nämlich eine Inszenierung von ihm selbst. Er bezieht sich auf Ausführungen des NOZ-Redakteurs Kruse, die dieser in einem klärenden Gespräch mit dem UWG-Vorstand im Nachhinein selbst als „unfair“ bezeichnete.

Ich bin sicher, daß auch Heinz Lunte wohl gesehen hat, daß der Zeitungsartikel tendenziös geschrieben war. Trotzdem versucht er aber, das unrichtige Bild der Ratssitzung weiter zu bekräftigen, ohne auseinanderzulegen, worin ein Fehlverhalten unsererseits bestanden haben soll.

Auch die vier weiteren Kritikpunkte an unserer Arbeit sind falsch bzw. absichtlich verkürzt wiedergegeben worden. Ich bin gern bereit, das jedem Interessierten zu erläutern (Tel. 27 25), da mir hier der Platz dafür nicht zusteht.

Die UWG-Fraktion hat sich bisher (ohne Not) trotz der inhaltlichen Gegensätze um ein gutes Einvernehmen zu den Mitgliedern der CDU-Fraktion bemüht, auch zu Heinz Lunte. Wenn er aber weiterhin einen Teil unserer Aktivitäten zum Zwecke des äußeren Effektes verleugnet oder verdreht, wird er nicht damit rechnen können, daß sich unser Bemühen um Einvernehmen im neuen Jahr noch weiter verstärkt.

Heinrich Bartelt  
Am Boberg 31

Stellungnahme zu dem Leserbrief von H. Bartelt:

Eigentlich erübrigt sich eine Stellungnahme zu dem Leserbrief, doch einige Klarstellungen sind unumgänglich:

1. Heinz Lunte hat sich auf den NOZ-Artikel und auf den Kommentar des

Redakteurs bezogen, in denen die Frage „was denn nun“ begründet ist.

2. Falls die eigene Meinung und die Darstellung der eigenen Meinung nicht der Vorstellung der UWG entsprechen, scheinen sie tendenziös, unfair etc.
3. Die von Heinz Lunte genannten kritischen Punkte werden nicht widerlegt. Erläuterungen können fernmündlich abgegeben werden, damit der Pressesprecher der CDU-Fraktion ja nichts erfährt, er könnte ja widersprechen.
4. Heinz Lunte hat nach einem Jahr gemeinsamer Arbeit Bilanz gezogen und wesentliche Schwerpunkte der UWG-Kritik am Rat zum Vergleich herangezogen. Das Verfahren dürfte politisch wohl erlaubt sein.

Werner Schmigelski

**Sagen auch  
Sie Ja  
zur Politik  
des  
Aufschwungs  
Wählen Sie  
am 6. März**

**mit beiden**

**Stimmen**

**CDU**



# stadt im werden

Nr. 88

10. Febr. 1983

Sie lesen in dieser Ausgabe:

Seite 2: Damit es wieder aufwärts geht

Seite 3: Wahlkampf '83

Seite 5: Besseres Ortsbild

Seite 5: Naturschutz

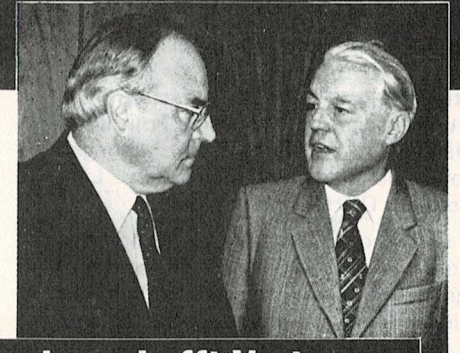
Seite 6: Haushalt des Kreises

Seite 7: Finanzen in Niedersachsen

Seite 8: Leser schreiben uns

## Den Aufschwung schaffen

## Nur mit uns läuft's



Was die SPD in 13 Jahren angerichtet hat, kann keine Regierung in 13 Wochen wieder in Ordnung bringen.

**Dieser Kanzler schafft Vertrauen**

Aber der Anfang ist gemacht. Die ersten Erfolge der Regierung Helmut Kohl machen Mut: Die Zinsen sinken, die Preise sind stabiler, die Mark nimmt an Wert zu, und es wird wieder gebaut. Wir sind auf dem richtigen Weg. Nur mit uns kommt der Aufschwung.

## Arbeit, Frieden, Zukunft

## Miteinander schaffen wir's

**CDU**  
sicher  
sozial  
und frei

## „Damit es wieder aufwärts geht.....“

Bundeskanzler Helmut Kohl hat Wort gehalten. Wie bei seiner Wahl und der Bildung seiner Regierung angekündigt, hat er gemäß Art. 68 des Grundgesetzes im Deutschen Bundestag den Weg zu Neuwahlen am 6. März geöffnet. Der Bundeskanzler sagte wörtlich:

- Die neue Koalition der Mitte hat die ersten notwendigen Schritte eingeleitet, damit die staatlichen Finanzen wieder gesunden können. Die Koalition hat die ersten Impulse gegeben, um unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und neue Arbeitsplätze, vor allem für Jugendliche, zu schaffen.
- Die Bundesregierung hat zugleich deutlich gemacht, daß und wo wir uns gemeinsam mit unseren Mitbürgern Opfer zumuten müssen, damit das soziale Netz erhalten werden kann. Wir haben die seit vielen Jahren anstehende Neuordnung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes verabschiedet.
- Die Koalition der Mitte hat die Freundschaft mit unseren europäischen Nachbarn und unseren Partnern im nordatlantischen Bündnis gefestigt. Die Bundesregierung hat unsere Politik des Dialogs in den Ost-West-Beziehungen sowie der Partnerschaft in den Ländern der Dritten Welt vertieft.

Das notwendige Dringlichkeitsprogramm ist somit erfüllt. Mit der Erfüllung dieses Programms ist für die Weiterarbeit der Koalition eine parlamentarische Grundlage nicht mehr gegeben. Wir wollen nun den Wähler bitten, uns den Auftrag für eine langfristige Politik der Koalition der zu geben.

Zwar werden – bedingt durch die Winterzeit – die Arbeitslosenzahlen noch einmal steigen. Aber erste Signale für eine Besserung der Situation im Jahre 1983 sind erkennbar:

- das Wohnungsbauprogramm der Regierung Kohl beginnt zu greifen,
- die Inflationsrate sinkt,
- die Bundesbank konnte – dank der Politik von Helmut Kohl – zum zweiten Mal die Zinsen senken.



Unser Mann in Bonn – heute und nach dem 6. März: Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues.

Und jeder, der ein Haus bauen will, der Hypothekenzinsen zahlt, eine Eigentumswohnung erwerben will, weiß, was das heißt. Und für die Betriebe, die Investitionen mit Fremdkapital finanziert haben oder finanzieren müssen, bedeutet das eine Erleichterung, die Mut macht für künftige Entscheidungen. Damit es wieder aufwärts geht, brauchen wir die Unterstützung möglichst vieler Bürger, vor allem bei den Neuwahlen zum Deutschen Bundestag am 6. März 1983.

Denn von einem bin ich fest überzeugt: nur eine von CDU und CSU geführte Bundesregierung mit Helmut Kohl als Kanzler, Gerhard Stoltenberg als Finanzminister, Norbert Blüm als Arbeitsminister, wird es schaffen, die Krise zu meistern. Damit die Krise gemeistert werden kann, müssen wir vor allem auch endlich die Staatsfinanzen in Ordnung bringen. Die riesigen Schulden, die uns die SPD-Regierungen hinterlassen haben, ließen uns überhaupt keine andere Wahl, als manchen Sparbeschluß zu fassen, der vielen Betroffenen gar nicht schmeckt.

Ich kann dies vertreten. Denn viele Zahlungen des Staates waren seit langem nur noch finanzierbar, indem höhere Schulden gemacht wurden. Und Arbeitslosigkeit ist – das lehrt die Vergangenheit – mit einfach immer noch mehr Schulden machen nicht zu bekämpfen.

Das wußte übrigens auch Helmut Schmidt ganz genau. „Wer Arbeitslosigkeit wirklich bekämpfen will, muß bei den staatlichen Sozialausgaben sparen,“ sagte er sinngemäß vor der SPD-Bundestagsfraktion im Sommer 1982. Aber die wollte nicht hören, sondern weiterwursteln auf dem Weg, der uns immer tiefer in die Krise geraten ließ. Und heute hat die SPD erst recht nichts anzubieten, was ernsthaft als Alternative zu unserem Weg aus der Krise anzusehen wäre. Nur eine CDU/CSU geführte Regierung wird es schaffen können. Oder glaubt

etwa im Ernst jemand von Ihnen, eine mehr oder minder rot-grüne Koalition könnte dies? Ich nicht.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Einig bin ich sicherlich mit Ihnen allen, daß wir uns wünschen, daß es wieder aufwärts geht mit unserem Land, daß Frieden und Freiheit gesichert bleiben. Meine Partei – die Christlich-Demokratische-Union – hat mich erneut zum Direktkandidaten für den Wahlkreis 33 – Osnabrück – (zu dem neben Osnabrück auch Belm, Georgsmarienhütte, Hagen, Hasbergen und Wallenhorst gehören) gewählt.

Ich möchte Sie herzlich einladen zu Diskussion und Gespräch und Sie herzlich um Ihr Vertrauen bitten, für eine Politik der Mitte, wie sie Helmut Kohl verkörpert.

Ihr

Karl-Heinz Hornhues, MdB

## Wahlkampf '83

Die CDU will in dieser Ausgabe von „Stadt im Werden“ einige heiße Themen des Wahlkampfes ansprechen, um sinnstellenden Aussagen von anderer Seite entgegenzutreten.

**BAföG: Wer bekommt es?**

1. Der Schüler, der aufgrund seiner Ausbildung nicht zu Hause wohnen kann, wird weiterhin voll gefördert.
2. Jeder Schüler, der bereits gefördert wird – und dessen Familie sich auf diese Leistungen eingestellt hat – wird bis zum Abschluß weitergefördert.
3. Studenten werden künftig mit einem Darlehen bis zu 720,- DM im Monat gefördert.

Ab dem 6. Jahre nach dem Studium wird dieses Darlehen dann – einkommensabhängig – innerhalb von 20 Jahren zurückgezahlt. Wenn jemand arbeitslos ist oder wenig verdient, zahlt er nichts zurück. Teile des Darlehens werden erlassen für Studenten, die vorzeitig ihr Examen machen, die besonders gute Noten erreichen, die vorzeitig ihr Darlehen zurückzahlen.

**Fazit:**

Kein Kahlschlag in der Förderung. Eine Akademikerausbildung zum Nulltarif auf Kosten der steuerzahlenden Arbeitnehmer, hält die CDU für ungerecht.

**Mietrecht:**

1. Der soziale Mieterschutz ist nicht in Frage gestellt. Der allgemeine Kündigungsschutz bleibt erhalten.
2. Das Prinzip der ortsüblichen Vergleichsmiete bleibt gültig, vereinfacht wird das Verfahren. Die in das Gesetz aufgenommene Obergrenze von 30% für einen Zeitraum von 3 Jahren schützt den Mieter: denn – bisher konnten Mietern, die unter den Vergleichsmieten lagen, viel stärker erhöht werden.

Beispiel: Mieter zahlt 250,- DM; Vergleichsmieten liegen bei 500,- DM.

**alte Regelung:** Vermieter konnte in einem Jahr die Miete um 250,- DM erhöhen.

neue Regelung: 30% von 250,- DM in 3 Jahren, also Erhöhung um 75,- DM.

3. Die **Möglichkeit** der Staffelmietvereinbarung bei Neubauten und im Bestand ist ein Angebot zu mehr Vertragsfreiheit. In jedem Einzelfall muß der Mieter zustimmen. Bei bestehenden Mietverträgen kann gegen den Willen des Mieters keine Änderung durchgesetzt werden.

**Vorteile:** Aufwand des späteren Vergleichsmietens entfällt und die künftige Mietentwicklung wird überschaubar.

#### Fazit:

Diesmal von Helmut Schmidt am 24. November 1980 im Bundestag: „Um den Wohnungsbau zu beleben, wird die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für den frei finanzierten Wohnungsbau verbessern, beispielsweise durch Vereinfachung des Vergleichsmietensverfahrens und Zulassung von Staffelmieten.....“.

Waren diese Äußerungen nicht vom Justizministerium mitgetragen, dem Hans Jochen Vogel, Kanzlerkandidat der SPD, vorstand?

#### Friedensdiskussion:

Es berührt schon seltsam, wie große Teile der SPD von dem Nato-Doppelbeschuß, den Helmut Schmidt als sein Werk hingestellt hat, abrücken, kaum daß ihr ehemaliger Kanzler erklärt, er werde gegen Helmut Kohl nicht als Kandidat antreten. Auch der hiesige SPD-Kandidat gab während der Podiumsdiskussion in dem Friedenshearing erst auf erneutes Nachfragen zu erkennen, daß er zu dem Doppelbeschuß stehe. Wie kann die SPD auf Bundesebene glaubwürdig machen, daß sie **jetzt** die Veröffentlichung der Orte für eine mögliche Stationierung von Mittelstreckenraketen fordert, die sie vorher in der Regierungsverantwortung stehend, durch Kabinetts- und Ausschlußbeschlüsse verneint hat. Die Anbiederung wird deutlich.

Die CDU will über den Verhandlungsweg den Frieden sichern, dazu gehören aber Standvermögen und Ausdauer,

um die eigene Position nicht zu gefährden. Ohne diese Tugenden würde in Genf schon gar nicht mehr verhandelt.

#### Fazit:

Die Sicherung des Friedens in Freiheit liegt bei der CDU in guten Händen.

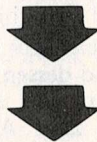
Rufen wir noch einmal in geraffter Form in Erinnerung, was die SPD in 13 Regierungsjahren an Unordnung geschaffen hat:

- aus Vollbeschäftigung wurde Massenarbeitslosigkeit,
- einer florierenden Wirtschaft wurden die Wachstumsgrundlagen entzogen,
- aus geordneten Finanzen wuchs ein gigantischer Schuldenberg,
- wichtige Maßnahmen der Zukunftsvorsorge sind unterlassen.

Dieses kann auch die CDU in wenigen Monaten nicht in Ordnung bringen. Erste Anzeichen z.B. im Wohnungsbau, im Verhalten der Bundesbank, in den Zinssenkungen beweisen, daß die CDU die Ordnung wieder schaffen kann.

Am 6. März geht es um den Aufschwung. Wählen Sie die CDU.

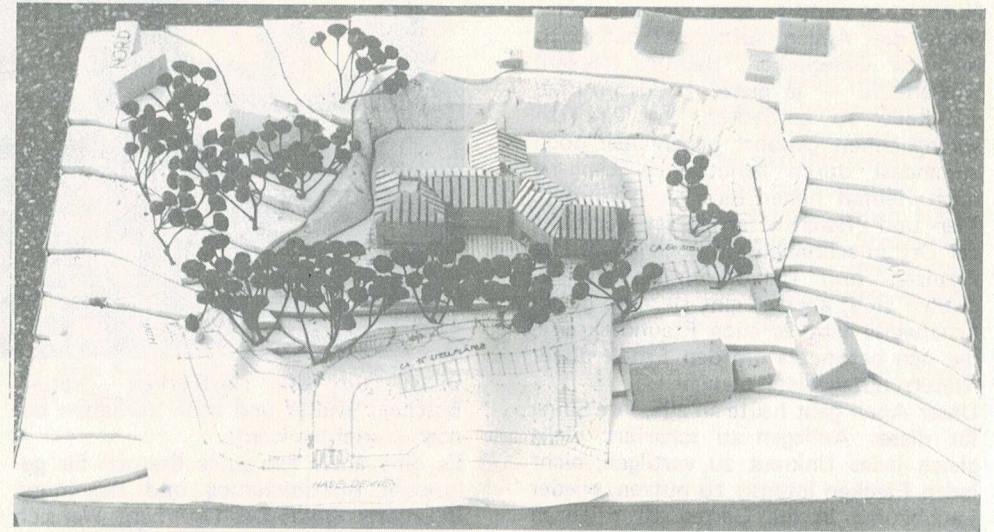
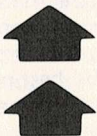
Heinz Lunte



#### „In das Stammbuch“

Norbet Blüm, Bundesarbeitsminister, im Bundestag:

„Die SPD denkt über bessere Melkmaschinen nach, wir über die besseren **Kühe**“.



#### Besseres Ortsbild in Alt-Georgsmarienhütte

Der Ausschuß für Planung und Wirtschaftsförderung hat sich in seiner letzten Sitzung zum wiederholten Male mit der zukünftigen Nutzung des jetzigen „Bauhofgeländes“ im Bereich Hindenburgstraße/Haseldehnen beschäftigt.

Grundlage der Beratungen war ein vom CDU-Ortsverband Alt-Georgsmarienhütte in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Rohling erarbeitetes Nutzungskonzept (Wohn- Geschäftsbau), was, wie wir meinen, den städtebaulichen

Gesichtspunkten an dieser Stelle weitgehend entspricht.

Der Planungsausschuß hat sich nun mehrheitlich für die Ausschreibung der Planung auf der Grundlage des erarbeiteten Konzeptes sowie für die Grundstücksveräußerung entschieden. Das abgelichtete Modell soll Ihnen eine erste optische Information über das bisher erarbeitete Konzept geben. Eine genaue Beschreibung des Planungskonzeptes wird in einer der nächsten Ausgaben an dieser Stelle erfolgen.

Willi Frische

#### Naturschutz – eine Forderung an Alle!

Georgsmarienhütte – Stadt im Grünen! So wirbt unsere junge Stadt seit ihrer Gründung auf vielen Prospekten, Wanderkarten, Anzeigen und Faltblättern und weist damit auf die landschaftlich einmalige Lage des Stadtgebietes hin. Vom Schnettberg im Osten bis zum Hügelmassiv im Westen, vom Harderberg im Norden bis zur Bergeskette des Teutoburger Waldes im Süden bildet die Landschaft zahlreiche Verwerfungen und bietet dem Auge ein abwechslungsreiches Bild. Üppige Fichten- und Laubwälder bedecken zahlreiche Hänge, und Bäche und Wasserläufe prägen so manches liebevolle Tal. Zahlreiche Feuchtbiotope

und Teiche – aus der Natur entstanden oder von Menschenhand geschaffen – sorgen für eine außerordentliche Vielfalt in Flora und Fauna.

Mit dem Anwachsen der Bevölkerung im Dütetal seit der Jahrhundertwende, wurden notwendigerweise immer größere Teile der Umwelt – der Natur – für Wohnen und Arbeiten in Anspruch genommen. Es bestand ja auch an Land und Natur kein Mangel. Und da weite Teile der Umwelt, – Luft, Wasser, Wälder, Ödland – zum Nulltarif zur Verfügung standen, gingen wir teilweise verschwenderisch damit um. So stoßen wir heute an die Grenzen dieser Verschwendung.

Noch ist es nicht zu spät. Wer in unserer Stadt die Augen aufmacht, hat noch reichlich Gelegenheit, Bäume, Hecken, Wasserläufe — ja ganze Landschaftsbestandteile zu entdecken, die ihre Ursprünglichkeit gewahrt haben oder doch zumindest durch behutsamen Umgang noch Heimat bilden für viele gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Es ist hier nicht der Ort zu schreiben, wo noch gefährdete Pflanzen- und Tiervorkommen zu entdecken sind; aber es gibt sie, und glücklicherweise gibt es auch Freundeskreise, die sich besonders um den Erhalt dieser 'Naturschutzgebiete' bemühen.

Unser Apell geht heute an alle, ihre Sinne für dieses Anliegen zu schärfen: nicht gleich jedes Unkraut zu vertilgen, nicht jeden Flecken intensiv zu nutzen, wieder Laubbäume in die Gärten zu pflanzen und Lebensräume zu schaffen für Kleintiere und Vögel mannigfacher Art.

Nach dem Niedersächsischen Naturschutzgesetz kann die Stadt Landschaftsbestandteile unter Schutz stellen, wenn sie das Orts- oder Landschaftsbild beleben oder gliedern, zur Leistungsfähigkeit des Naturlandhaushaltes beitragen oder das Kleinklima verbessern oder schädliche Einwirkungen abwehren. Besser wäre es, wenn so ein Schutz nicht nötig wäre, wenn jeder

### Haushalt des Kreises:

Trotz der Erhöhung der Kreisumlage um 4 Punkte schließt der Verwaltungshaushalt des Kreises mit einer Deckungslücke von ca. 5,2 Millionen DM ab. Die wirtschaftliche Misere zeichnet sich durch die fehlenden Gelder auf der Einnahmeseite ab. Alle ergriffenen Sparmaßnahmen im Ausgabensektor, von denen die Maßnahmen im Schülertransport für zahlreiche Eltern am spürbarsten gewesen sind, konnten dieses Defizit nicht beseitigen. Ohne die Sparmaßnahmen wäre das Defizit weit höher gewesen.

Den GM-Hütter CDU-Kreistagsabgeordneten ist die Entscheidung, die Kreisumlage um 4 Punkte zu erhöhen, nicht leicht gefallen, bedeutet sie doch ca. 900 000,— DM Mehrausgabe für die Stadt Georgsmarienhütte. Der konsequenten und starren Haltung — auch der GM-Hütter



Bürger um die Kostbarkeit „Natur“ Bescheid wüßte und sein Verhalten danach ausrichten würde.

Es gibt auch ein gutes Beispiel für gelungene Rekultivierung und Begrünung in unserer Stadt: Der Osterberg. Wer sich noch an das Bild der Nachkriegszeit erinnert und vergleicht, wie heute durch eine umfangreiche Aufforstung und Sanierung Umwelt und Wohnwert verbessert wurden, kann den Initiatoren nur höchstes Lob aussprechen. Machen wir gemeinsam auf diesem Wege weiter, damit wir auch der nachfolgenden Generation „eine Stadt im Grünen“ übergeben können.

Theodor Elixmann



Kreistagsmitglieder — ist es zu verdanken, daß der Kreis über die größere Freizügigkeit bei der Bezuschußung der Gemeindestraßen

ca. 1. Punkt Kreisumlage an die Gemeinden zurückgibt. Wer für diese finanzielle Schwierigkeit des Kreises den Neubau des Kreishauses heranzieht, argumentiert falsch, da 1. die Wirtschaftlichkeitsberechnung zwischen den zahlreichen dezentralen Dienststellen und der jetzigen Zentrale nicht eingebracht wird, da 2. die Verlagerung zahlreicher Aufgaben auf den Kreis nicht einbezogen wird, da 3. viele ehemalige Arbeitsplätze für die Bediensteten eine Zustimmung waren, da 4. über die investiven

Maßnahmen weitere Arbeitsplätze gesichert wurden.

Das letzte Argument hat die CDU-Kreistagsfraktion auch veranlaßt, im Haushalt '83 durch den Verkauf von Eigenkapitalien für weitere investive Maßnahmen im Baubereich Gelder freizumachen. So wird neben den Berufsschulen in Osnabrück und in Bersenbrück, neben dem Erweiterungsbau des Gymnasiums in Melle die Sporthalle in Georgsmarienhütte anfinanziert. Hätte die Stadt GM-Hütte nicht die vertragliche Vereinbarung mit dem Kreis, wer weiß, wann die Sporthalle gebaut würde. Die Verzahnung

### ..... und die Finanzen in Niedersachsen?

In Hannover muß genauso gespart werden, wie im Bund und in den Gemeinden. Gegenüber dem Landeshaushaltsplan-Entwurf vom September vorigen Jahres wissen wir heute, daß 1983 etwa 800 Mio DM weniger in der Kasse sein werden, als erwartet. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Niedersachsen geht ein Finanzminister davon aus, daß die Steuereinnahmen niedriger sein werden, als im Vorjahr.

Der Niedersächsische Landeshaushalt wird 1983 rund 25 Mrd DM umfassen. Davon müssen aber schon 2 Mrd DM an Zinsen, und 1,8 Mrd DM an Tilgung für bereits früher aufgenommene Kredite gezahlt werden. Mit diesen 3,8 Mrd DM (das sind 15% des Gesamthaushaltes) kann sonst nichts — vor allem keine Politik — mehr gemacht werden.

Gespart wird bei der Straßenbauverwaltung, durch eine zeitliche Streckung des Fernwärmeprogramms, durch verminderte Bafög-Leistungen, beim Babygeld, durch eine Beförderungssperre bei Beamten und dadurch, daß das Land die neuen sparsameren Beihilferegulungen des Bundes übernimmt.

Gegenüber dem 1982-er Haushalt steigert sich der 83-er noch um 2,4%; die niedrigste Steigerungsrate, die es bei einem

zwischen dem Haushalt der Stadt und dem des Kreises wird deutlich; deutlich aber auch, daß die CDU mit ihren Mehrheiten im Kreis und bei uns in der Stadt ein klares „JA“ zu Maßnahmen gesagt hat, die Anstöße für den wirtschaftlichen Aufschwung geben, die Anstöße zur Sicherung des Arbeitsplatzes geben. Hätte die SPD auf Kreis- und auf Stadtebene wohl auch den Haushalten des Kreises und der Stadt ihre Zustimmung versagt, wenn der Kanzler nicht Helmut Kohl heißen würde?

Heinz Lunte



Niedersächsischen Landeshaushalt je gab. Wir müssen heute büßen für die Sünden der Jahre 1972—1974. Damals steigerten sich die Landeshaushalte in Niedersachsen um 18%, 18,5% und um 14,6%. Diesen jährlichen Mehrausgaben standen keine ordentlichen Steuereinnahmen gegenüber. Die Haushaltslöcher wurden mit Schulden gestopft. Heute müssen wir die Zinsen und die Tilgung bezahlen. Natürlich engt das den Spielraum für politische Aktivitäten ein.

Hermann Sandkämper, MdL